

Protokoll

5. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 17. Januar 2012, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

| | |
|---------------------------------|---|
| Vorsitz: | Parlamentspräsidentin Elisabeth Tobler, SVP |
| Anwesend Stadtparlament: | 28 Mitglieder |
| Entschuldigt: | Heller Felix, SP-Gewerkschaften-Juso, Schuhwerk Christine, FDP |
| Anwesend Stadtrat: | Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Klöti Martin, FDP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP |
| Protokoll: | Evelyne Jung, Parlamentssekretärin |

Traktanden

- 5/ 1. Mitteilungen
- 5/ 2. Botschaft „Kredit für die Standstrasse PP-Erweiterung – Tiefbauarbeiten im Jahr 2012 zum Betrag von Fr. 485'000.-- (Anteil Stadt)“
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 5/ 3. Motion „Zukünftige Wahlen Stadtrat und Stadtparlament Arbon am gleichen Wochenende“
Beantwortung, Diskussion, Beschluss
- 5/ 4. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die Amtszeit 2011-2015, SVP
(Rücktritt Anton Hüttenmoser)
- 5/ 4a Ersatzwahl eines Mitglieds für die Einbürgerungskommission SP-Gewerkschaften-Juso
(Rücktritt Ekin Yilmaz)
- 5/ 4b Ersatzwahl eines Mitglieds für die Redaktionskommission SP-Gewerkschaften-Juso
(Rücktritt Regina Waldesbühl aus dem Parlament)
- 5/ 5. Fragerunde
- 5/ 6. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Elisabeth Tobler: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ich wünsche ihnen, etwas spät, allen ein gutes neues Jahr, verbunden mit weitsichtigen Entscheiden zum Wohle von Arbon und ihnen geschätzte Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, Besucherinnen und Besucher wünsche ich, sicherlich auch im Namen des gesamten Parlaments ebenfalls ein gutes, gesundes, friedvolles und beschwingtes neues Jahr.

Letzten Sonntag haben wir die eindrückliche Neujahrsbegrüssung der Stadt erlebt, unter anderem mit dem Konzert der Stadtmusik. Mit Musik, sagen die Dichter, kann man die Seele baumeln lassen. Dies ist in der heutigen, immer hektischeren Zeit wichtig. Im Alltag eine Pause mit Musik einlegen, am Abend den Tag ausklingen lassen oder einfach Freude zu spüren an einer harmonischen Melodie, dies trägt bei zu guter Gesundheit. Gönnen sie sich solche Momente.

Deshalb stelle ich ihnen eine weitere Institution vor, stellvertretend für alle musikalischen Vereine, die unser Leben in dieser Stadt immer wieder mit Highlights prägen.

Seit 103 Jahren besteht das sinfonische Orchester oder Stadtorchester, wie es früher hiess. Einer dieser Höhepunkte ist das nächste Konzert am Samstag, den 21. 1. um 19.30 Uhr im Rathaus in Weinfelden oder am Sonntag den 22.1. um 17.00 Uhr im Gemeindesaal in Steinach und im August dann die beliebten Schlosshofkonzerte mit überregionaler Bedeutung. Hier bekommen junge Talente, auch aus der Musikschule Arbon, die Möglichkeit ihr Können weiter zu entwickeln. An den beiden Januarkonzerten tritt der erst 13-jährige Joshua Uhland mit seiner Geige als Solist vor dem Orchester auf. Auch er ist Schüler an der Musikschule Arbon. Seit 25 Jahren leitet Leo Gschwend das Sinfonische Orchester mit ebenso viel Gespür, wie er die Musikschule leitet. Er bringt immer wieder neue Facetten zum Klingen, sodass es für die Mitglieder interessant und herausfordernd ist, hier mitzuspielen.

Zu Recht geniesst das Sinfonische Orchester die Unterstützung der Stadt. Als Orchester von kantonaler Bedeutung wird es im Rahmen einer Leistungsvereinbarung auch vom Kanton unterstützt. Deshalb findet eines der Konzerte in Weinfelden statt. Ich habe dazu am Ausgang Flyer aufgelegt. Es würde mich freuen, auch einige Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit ihren Freunden an diesem Konzert zu treffen, im Wissen, dass sie dort ihre Seele baumeln lassen und auch moderne Musik hören können.

Hier und jetzt sind wir allerdings gefordert und steigen nun ein in die übliche Materie der Politik und ich heisse sie alle nochmals herzlich willkommen zur 5. Parlamentssitzung dieser Legislatur.

Speziell begrüssen möchte ich die beiden neuen Parlamentsmitglieder Atakan Oeczelebi SP-Gewerkschaften-Juso und Cyrill Stadler, FDP, die nachgerückt sind ins Parlament für Regula Waldebühl und Max Gimmel. Sie wurden auf den jeweiligen Listen an der Urne gewählt.

Die Parlamentssekretärin wird nun den Namensaufruf vornehmen.

Es sind 28 Parlamentsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen.

Entschuldigt für die heutige Parlamentssitzung haben sich Heller Felix, SP-Gewerkschaften-Juso und Schuhwerk Christine, FDP.

Da Christine Schuhwerk FDP, Büromitglied, ferienhalber abwesend ist, stellt sich von der FDP-Fraktion Claudia Zürcher zur Verfügung.

://: Claudia Zürcher wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Stimmenzählerin für diese Parlamentssitzung gewählt.

Ich bitte Claudia Zürcher, ihren Platz hier vorne einzunehmen.

Traktandenliste

Präsidentin Elisabeth Tobler: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Infolge Rücktritt aus der Einbürgerungskommission von Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso und infolge Rücktritt aus dem Parlament und der Redaktionskommission von Regula Waldesbühl, SP-Gewerkschaften-Juso, beantrage ich eine Traktandenergänzung 4a und 4b für Neuwahlen in diese Kommissionen.

1. Ich beantrage Ihnen die Ersatzwahl für die Einbürgerungskommission neu als Traktandum 4a aufzunehmen.

::: Der Antrag auf Einschub eines neuen Traktandums 4a wird einstimmig genehmigt.

2. Ich beantrage Ihnen die Ersatzwahl für die Redaktionskommission neu als Traktandum 4b aufzunehmen.

::: Der Antrag auf Einschub eines neuen Traktandums 4b wird einstimmig genehmigt.

Die neue Traktandenliste lautet wie folgt:

1. Mitteilungen
2. Botschaft „Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung – Tiefbauarbeiten im Jahr 2012 zum Betrag von Fr. 485'000.-- (Anteil Stadt)“
3. Motion „Zukünftige Wahlen Stadtrat und Stadtparlament Arbon am gleichen Wochenende“
4. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die Amtszeit 2011-2015, SVP
- 4a Ersatzwahl eines Mitglieds für die Einbürgerungskommission, SP-Gewerkschaften-Juso
- 4b Ersatzwahl eines Mitglieds für die Redaktionskommission, SP-Gewerkschaften-Juso
5. Fragerunde
6. Verschiedenes

::: Der modifizierte Traktandenliste wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zum Traktandum 1:

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand vom 27. Dezember 2011

- Kommissionsbericht betreffend „Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung – Tiefbauarbeiten 2012“

Mit Versand 15. November 2011

- Beantwortung Motion „Zukünftige Wahlen Stadtrat und Stadtparlament Arbon am gleichen Wochenende“

Per E-Mail am 10. Januar 2012

- Parlamentsprotokoll der 4. Sitzung vom 6. Dezember 2011. In der KW 04 wird das Protokoll im Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist eine Einfache Anfrage von Astrid Straub, SVP eingegangen betreffend Energiestadt Arbon und LED-Lampen. Sie wird dem Stadtrat überwiesen und innerhalb von 2 Monaten beantwortet.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement (EBK) besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus dieser Kommission.

Andrea Vonlanthen, SVP: Seit der letzten Parlamentssitzung vom 6. Dezember 2012 fand noch keine weitere Sitzung in der EBK statt, demzufolge gab es keine Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht.

Zur Behandlung anstehende Gesuche an der nächsten EBK Sitzung:

- Alija Miralem, 1980, kosovarischer Staatsangehöriger
- Bajra Alija Sabina, 1986, kosovarische Staatsangehörige
- Alija Dzenana, 2007, kosovarische Staatsangehörige
- Alija Refija, 2009, kosovarische Staatsangehörige
- Ocak Selime, 1990, türkische Staatsangehörige
- Todici Sanja, 1994, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Pendenzen: Im Moment liegen 34 pendente Gesuche von 67 Personen vor. Behandlungsreif in der EBK sind aber lediglich 5 Gesuche von zwölf Personen. Hier liegt die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vor.

Die andern 29 Gesuche befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind vorerst zurückgestellt.

Eine Information, speziell zu Handen der Öffentlichkeit über die sprachliche Integration. Die sprachliche Integration ist eine zentrale Voraussetzung für eine Einbürgerung. Sie führt immer wieder zu gewissen Verunsicherungen. Deshalb hat die EBK die Anforderungen an die Sprachkompetenz neu und konkreter geregelt. Grundsätzlich muss das Referenzniveau B1 des gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen des Europarates erreicht werden. Damit kommt die EBK auch einer Anforderung des Bundesgerichtes entgegen. Das Bundesgericht erklärt: „Fehlende Kenntnisse der vor Ort gesprochenen Landessprache können als Indiz für eine mangelnde Integration gewertet werden.“ Die Überprüfung der Sprachkenntnisse müsse aber aufgrund von klar festgelegten Vorgaben erfolgen. Einzelheiten zu diesen Vorgaben sind in den „Kriterien für die Einbürgerung in Arbon“ auf der Homepage der Stadt Arbon zu erfahren.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Danke Andrea Vonlanthen.

2. Botschaft “Kredit für die Standstrasse, PP-Erweiterung – Tiefbauarbeiten im Jahr 2012 zum Betrag von Fr. 485'000.-- (Anteil Stadt)”

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Eintreten

Zum Eintreten übergebe ich das Wort Kommissionspräsident Kaspar Hug.

Kaspar Hug, Kommissionspräsident: Am 6. Dezember 2011 haben sie die folgende Kommission mit der Vorbereitung des Geschäftes betraut: Werner Keller, FDP, Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso, Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, Werner Bachofen, SVP und der Sprechende, CVP/EVP.

An der 1. Sitzung vom 8. Dezember haben wir uns mit dem Projekt und insbesondere mit den Chancen und Risiken auseinandergesetzt. Stadtrat Reto Stäheli hat uns das Projekt detailliert vorgestellt und alle gestellten Fragen kompetent beantwortet. Dafür möchten wir uns bei ihm recht herzlich bedanken.

Mit dieser Vorlage kommt der Stadtrat einer Forderung nach, die im Zuge der Beratungen zur neuen Dreifachhalle am 2. November 2010 mehrmals in diesem Parlament, aber auch in einigen Leserbriefen gestellt worden war. Damit erfüllt der Stadtrat primär das damals gemachte Versprechen, dass der Parkplatz auf die Eröffnung der neuen Halle zur Verfügung stehen wird.

Wenn wir an die Diskussion vom 2. November 2010 in diesem Parlament zurückdenken, wäre alles andere als ein Eintreten auf die Vorlage unverständlich und nicht nachvollziehbar. Nachdem alle Fragen geklärt worden sind, kann ich ihnen im Namen der einstimmigen Kommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten.

Werner Keller, FDP: Wir möchten uns beim Stadtrat und der Verwaltung bedanken für die Vorbereitung der Botschaft. Der Kommissionspräsident Kaspar Hug hat ihnen den Bericht ausführlich erläutert, besten Dank dafür. Unsere Fraktion ist für Eintreten in das Geschäft.

Die folgenden Überlegungen haben uns dazu bewogen:

1. Die Erweiterung um 65 Parklätze ist für diese Grösse der Sport- und Schulanlagen ein absolutes Bedürfnis.
2. An der Parlamentssitzung vom 2. November 2010 über den Sporthallenkredit wurde bereits intensiv über den Parkplatz diskutiert. Aus unserer Sicht war leider damals das Parkplatzproblem fast wichtiger als das Hallenprojekt. Das Abwarten hat sich gelohnt. Wie es der Stadtrat versprochen hat, bekommen wir nun eine ähnliche Chance wie bei der NLK und können mit der Beteiligung vom Kanton mit immerhin 50Prozent, d.h. mit einer Unterstützung von Fr. 480'000.-- rechnen.
3. Die Finanzierung erfolgt aus dem Konto Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung.
4. Die Bewirtschaftung des Parkplatzes generiert einen Beitrag an den Unterhalt und an die Amortisation.

Ein vermutlich mässiges Risiko sehen wir noch mit dem bestehenden Baurechtsvertrag mit der Bürgergemeinde, dazu haben wir dann noch einige Fragen in der Detailberatung. Nehmen wir doch diese Herausforderungen an und gehen konstruktiv in die Detailberatung.

Astrid Straub, SVP: Die Fraktion der SVP bedankt sich beim Stadtrat und der vorberatenden Kommission für die geleistete Arbeit.

Die SVP hatte bei der Behandlung des Kredits für die neue Sporthalle kritisiert, dass noch keine Lösung für das Parkplatzproblem und das Verkehrsregime im Quartier vorliegt. Der Stadtrat hatte damals die Hausaufgaben noch nicht gemacht.

Jetzt liegt eine Vorlage und eine Lösung vor, hinter der die SVP-Fraktion voll stehen kann. Somit löst der Stadtrat sein Versprechen ein, das er bei der erwähnten Beratung abgegeben hat. Das Konzept der Bewirtschaftung mit einer Schranke ist eine sinnvolle Regelung. Die SVP geht aber davon aus, dass die Gebühren massvoll sein werden. Was die Gebühren am Abend betrifft, erwartet die SVP eine Absprache zwischen Stadtrat und Vereinen.

Die verfügbaren 60 Parkplätze, welche die Stadt entgeltlich dem Bildungszentrum für Technik während der normalen Schulzeit zur Verfügung stellt, werden von der SVP-Fraktion begrüsst.

Mit dem neuen Verkehrsregime für die Standstrasse und die Quartierstrassen wird für die Anwohner eine zweckmässige Lösung angestrebt. Die SVP-Fraktion tritt deshalb einstimmig auf die Kreditvorlage für die Standstrasse mit Parkplatzerweiterung ein.

Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso: Die SP-Gewerkschaften-Juso haben die Botschaft und den Kommissionsbericht für das Bauprojekt Standstrasse, PP-Erweiterung - Tiefbauarbeiten im 2012 zum Betrag von Fr. 485'000.-- eingehend diskutiert. Für die Vorlage des Stadtrats und die rasche Erledigung dieses Geschäfts durch die Kommission bedankt sich unsere Fraktion.

Ich möchte sie nochmals daran erinnern, welche grossen Diskussionen betreffend der Parkplätze im Vorfeld der Kreditabstimmung für die neue Dreifach-Turnhalle stattgefunden haben. Deshalb sind wir froh, dass der Stadtrat gemeinsam mit dem Kanton eine gute und vertretbare Lösung erarbeitet hat und uns nun diese präsentieren kann.

Ein zusätzlicher Mehrverkehr oder sogenannter Suchverkehr in den umliegenden Quartieren war eine der grossen Sorgen. Diese konnten aber zu unserer Zufriedenheit mit verkehrstechnischen Massnahmen eingedämmt werden. Auch schätzt die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso sehr, dass die Stadt Arbon mit einem geregelten PP-System ernst machen will. So soll der Parkplatz gebührenpflichtig sein. Einzig ist für uns noch offen, wie hoch und wie die Gebühren strukturiert sein sollen. Wir sind einstimmig für das Eintreten, behalten uns aber vor, eventuelle weitere Fragen bei der materiellen Behandlung zu stellen.

Stadtrat Reto Stäheli: Das Angebot an Parkplätzen für die Schul- und Sportanlagen im Stacherholz ist gegenwärtig knapp ausreichend, wie schon mehrmals gehört. Mit der Realisierung der neuen Dreifachsporthalle auf dem Forsthaus-Areal und einer Berufsschülerweiterung werden zusätzliche Parkplätze notwendig. Bezüglich Parkplatzbedarf und Standortanalyse wurde eine Studie verfasst, welche zum Schluss kam, dass eine Erweiterung der bestehenden Parkierungsanlage bei der Standstrasse gut möglich und sinnvoll ist. Der neu gestaltete und erweiterte Parkplatz wird bewirtschaftet. Dies auch in Abstimmung mit dem Kanton und dem Bildungszentrum Arbon.

Im Vorfeld der Abstimmung über die Mehrfachhalle war die Parkplatzsituation das zentrale Thema. Da der Kanton eine Erweiterung des Bildungszentrums plante, musste mit der Ausbauplanung der Parkierungsflächen zugewartet werden, bis der Perimeter und damit die Abgrenzung zur Parkierungsanlage genau definiert werden konnte.

Die Stadt Arbon bietet mit dem Ausbau des Parkplatzes Standstrasse von 65 auf 121 Plätze Hand und wird ca. 50 Prozent des Ausbauprojekts finanzieren (Fr. 485'000.--). Die anderen 50 Prozent wird der Kanton Thurgau finanzieren (Fr. 480'000.--).

Infolge der Erweiterung des Parkplatzangebotes entsteht unumgänglich ein Mehrverkehr (Ziel- und Suchverkehr). Um diesen nicht ins Quartier Aachstrasse, Obstgartenstrasse und Gotthelfstrasse abfliessen zu lassen, ist ein neues Verkehrsregime geplant.

Im Vorfeld wurde einer kleineren Gruppe von Anstössern (IG Aach) das Projekt in einem Infoworkshop vorgestellt. Das Feedback aus dem Workshop wurde in das Projekt eingearbeitet und einer breiteren Eigentümerschaft am 22. September 2011 an einer Informationsversammlung vorgestellt. Auch hier wurden noch kleinere Korrekturen aufgenommen und ins Projekt eingearbeitet.

Als Massnahmen für die Quartiere Aachstrasse, Obstgartenstrasse, Gotthelfstrasse sind folgende Schritte vorgesehen:

1. Signalisation mit Zubringerdienst gestattet an der Standstrasse ab Einlenker Aachstrasse – als auch ab Einlenker Landquartstrasse / Aach- und Obstgartenstrasse. Einengung der Standstrasse bei der Parkplatzausfahrt mit zusätzlicher Signalisation, Abbiegen nach rechts verboten, um so die Einfahrt ins Quartier zu verhindern.
2. Nach der Umsetzung wird nach der Dauer von einem Jahr mit der IG Aach ein Résumé abgehalten. Sollte dieses negativ ausfallen, werden mit der IG Aach zusätzliche Massnahmen erarbeitet und umgesetzt.

Am 2. November 2011 wurde das Projekt in der Sportplatz Kommission vorgestellt und besprochen. Am 12. Januar 2012 konnte ich, der Sprechende, an der Vorstandssitzung der IG Sport den gesamten Vorstand der „IG Sport Region Arbon“ über das Projekt informieren.

Mit der Erweiterung der bestehenden Parkierungsfläche Standstrasse liegt nun ein Projekt vor, das Synergien in der Parkierung für die Berufsschule, die Sportanlagen und die neue Dreifachsporthalle nutzt. Zusätzlich kann ein Verkehrsregime für das Quartier Aachstrasse, Obstgartenstrasse und Gotthelfstrasse eingeführt werden.

Ich bitte sie, dem vorliegenden Antrag „Kredite für die Standstrasse, PP-Erweiterung“, wie er vom Stadtrat beantragt wird zuzustimmen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Somit ist das Eintreten geschlossen, wir kommen zur materiellen Beratung.

Materielle Beratung/Detailberatung:

Werner Keller, FDP:

Wie ich bereits beim Eintreten erwähnt habe, hat unsere Fraktion noch einige Fragen zum Baurechtsvertrag mit der Bürgergemeinde Arbon.

1. Wie ist die Laufzeit des Vertrages?
2. Wie lauten die Konditionen?
3. Ist in den nächsten Jahren mit einer Anpassung zu rechnen?

Stadtrat Reto Stäheli: Die Fragen kann ich wie folgt beantworten:

Es besteht ein Baurechtsvertrag mit der Bürgergemeinde, datiert vom 13. Dezember 2011.

1. Die Dauer: vom 01. November 2011 bis 31. Oktober 2061.
2. Die Konditionen: Der Bodenwert ist mit Fr. 50.--/m2 festgesetzt. Der aktuell gültige Bodenwert wird zum jeweiligen Zinsfuss für gewerblich erstrangige Hypotheken der TKB verzinst, was den Baurechtszins per Jahr ergibt.
3. Preisaufschlag in den nächsten Jahren, nein. Der Bodenwert ist alle zehn Jahre, erstmals am 1. November 2021 zu prüfen und kann den veränderten Verhältnissen allenfalls angepasst werden.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Bereits in den Eintretensreferaten ist eigentlich die Frage gestellt worden nach der Höhe der Bewirtschaftung. Der zuständige Stadtrat hat zwar auch noch zum Eintreten gesprochen aber nur wiederholt, die Parkplätze würden bewirtschaftet. Uns interessiert doch, wie wird da bewirtschaftet, zumal das Parkierungsreglement oder die Einführung des Parkierungsreglement erst für 2014 vorgesehen ist.

Stadtrat Reto Stäheli: Die Bewirtschaftung ist heute nicht das Thema. Abgestützt auf das Parkierungsreglement, das im Einwohner-, Sicherheitsressort angesiedelt ist, sicher Rücksprache nehmen und auch schauen, wie die Übergangsphase gelöst werden kann, falls das Reglement später eingeführt wird, als wir geplant haben. Das Ziel ist, dass wir Mitte dieses Jahres den Parkplatz realisieren können. Die Turnhalle wird Ende Jahr eröffnet werden und wir werden in Absprache mit dem Kanton, mit dem Berufbildungszentrum sehen, wie wir die Einführung allenfalls übergangsmässig lösen. Dies ist aber heute nicht das Thema

Claudia Zürcher, FDP: Ich habe eine Frage, weiss nicht genau, wie ich diesem Verkehr sagen soll. Ich weiss aber, dass sehr viele Eltern oder Fahrer, wenn sie zu Veranstaltungen fahren müssen, heute den Parkplatz an der Standstrasse benützen, um ihre Kinder zu bringen, umzuladen in ein anderes Auto und sie gehen weiter zu viert usw. Wie sieht das jetzt aus? Aus dem Plan ersichtlich, hat es eigentlich nirgendwo mehr einen Parkplatz oder eine Stelle zur Verfügung, die diesem Ein- und Ausladen dient. Es kann ja sein, dass die Eltern ihr Kind bringen oder holen und zehn Minuten warten müssen, um dann später weiterzufahren. Müssten die Fahrer auf den Parkplatz fahren und Gebühren zahlen, oder haben sie eine Möglichkeit, dieses Umladen und Weiterfahren irgendwo abzuwickeln?

Stadtmann Martin Klöti: Das fällt in den Zuständigkeitsbereich des Parkierungsreglements. Wir hatten gestern mit Kollege Konrad Brühwiler eine Arbeitsgruppensitzung „Parkierung“. Genau das war ein Thema. Wir arbeiten daran. Es ist uns bewusst, dass dieses Bedürfnis besteht. Wir sind aber auch gewillt, diese Parkierungsanlage sofort zu bewirtschaften mit der Schranke. In welcher Art die Tarife festgelegt werden, ist Sache des Stadtrats und in welcher Art man solche Möglichkeiten gewähren könnte, ist ebenfalls noch Sache des Stadtrats. Wir werden uns jedenfalls mit der Frage beschäftigen.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Die Diskussion zur materiellen Beratung ist geschlossen, wir kommen zur Abstimmung

Der Antrag des Stadtrates lautet:

1. Es sei dem Kostenteiler und dem Kredit für die Tiefbauarbeiten Standstrasse, PP-Erweiterung für das Jahr 2012 im Betrag von Fr. 485'000.-- (Anteil Stadt) zuzustimmen.
2. Der Betrag von Fr. 485'000 (Anteil Stadt) wird der Spezialfinanzierung „Parkplatzbewirtschaftung“ Kto. Nr. 1.2280.09 entnommen.

Die Kommission beantragt ihnen einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

://: Dem Antrag der Kommission gemäss Botschaft des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich bedanke mich beim Kommissionspräsidenten Kaspar Hug und den übrigen Kommissionsmitgliedern für die gute Arbeit, die vor Weihnachten geleistet worden ist.

3. Motion „Zukünftige Wahlen Stadtrat und Stadtparlament Arbon am gleichen Wochenende“ Beratung, Diskussion, Beschluss

Am 5. April 2011 ist diese Motion von den Fraktionspräsidenten, Roman Buff, CVP/EVP, Max Gimmel, FDP, Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften und Andrea Vonlanthen SVP eingereicht worden und vom Stadtrat beantwortet. Er empfiehlt die Motion als erheblich zu erklären. Das Wort haben die Motionäre.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wie sie erwähnt haben, haben die vier Fraktionspräsidenten gemeinsam am 5. April 2011 die Motion betreffend „Zukünftige Wahlen Stadtrat und Stadtparlament am gleichen Wochenende“ eingereicht. Anlass war letztlich die tiefe Stimmbeteiligung bei den Parlamentswahlen vom vergangenen März. Schon vor vier Jahren hatte die Beteiligung keine 30 Prozent betragen.

Von den vier Präsidenten sind noch zwei übrig geblieben: Roman Buff und ich. Im Namen der Motionäre, oder eben der übrig gebliebenen, gebe ich Ihnen die folgende Erklärung ab:

Wir danken dem Stadtrat für die recht ausführliche und verständnisvolle Antwort. In seiner Schlussfolgerung hält der Stadtrat fest, die Zusammenlegung zukünftiger Stadtparlaments- und Stadtratwahlen sowie gegebenenfalls von weiteren Abstimmungsvorlagen dürfte tendenziell zu einer Erhöhung der Stimmbeteiligung führen und sei daher anzustreben. Eingangs stellt der Stadtrat aber auch fest, er sei bereit, auf die Motion einzugehen, obwohl das Anliegen der Motion in die abschliessende Kompetenz des Stadtrates falle.

In letzterem Punkt hat der Stadtrat recht. Ein Motionsauftrag dieser Art ritzt die Kompetenz des Stadtrates. Auf kantonaler Ebene wäre diese Motion vom Regierungsrat aus diesem Grund höchst wahrscheinlich abgelehnt worden. Dass der Stadtrat die Motion trotzdem befürwortet, freut die Motionäre natürlich. Sie sehen darin eine Wertschätzung gegenüber dem Parlament. Dennoch meinen die Motionäre heute, dass die Zuständigkeiten wenn immer möglich beachtet werden sollten. Wir hätten als Parlament auch keine Freude, wenn sich der Stadtrat ungebührlich einmischen würde.

Deshalb sind die Motionäre nach Rücksprache mit allen Fraktionen zu folgendem Schluss gekommen:

Der Stadtrat hat recht, wenn er meint, die Motion greife in die Kompetenzen der Exekutive ein. Darum und weil der Stadtrat das Anliegen der Motion gemäss seiner Antwort aufnehmen und umsetzen will, sind die Motionäre zum Rückzug ihres Vorstosses bereit. Sie bitten den Stadtrat aber, vor dem formellen Rückzug zuhanden des Protokolls eine Erklärung abzugeben, dass dem Anliegen der Motion effektiv Rechnung getragen wird.

Würde die Motion als solche weiterbehandelt und angenommen, hätte der Stadtrat konsequenterweise die Gemeindeordnung anzupassen und eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Dieses mühsame Prozedere aber wollen wir möglichst vermeiden.

Darum ersuchen wir den Stadtrat um eine entsprechende Erklärung.

Stadtmann Martin Klöti: Ich gebe diese Erklärung gerne ab, möchte vorab allerdings noch etwas zu bedenken geben. Nicht jede Konstellation ist gleich günstig oder ungünstig für eine Stimm- und Wahlbeteiligung und über deren Berichterstattung. Wir haben im Zusammenhang mit den Wahlen in diesem Jahr von verschiedenen Parteien immer wieder gehört, es würde zuwenig berichtet. Einzeln, zum Beispiel über Stadtrat oder Parlamentswahlkampf. Wenn diese beiden Abstimmungen zusammengelegt werden, dann wird die Zeitung auch nicht mehr Raum zur Verfügung stellen können als für Beide. Mit anderen Worten, diese Situation wird eher noch unbefriedigender. Das wollte ich ihnen noch mit auf den Weg geben.

Mit anderen Worten: Allen Leuten Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Wir hingegen sagen ihnen zu, dass der Stadtrat im Sinn der Schlussfolgerung diese Motion so zur Kenntnis nimmt und gewillt ist, so umzusetzen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Das ist die Erklärung, die wir gewünscht haben und demzufolge ziehe ich die Motion im Namen der Motionäre zurück. Gebe aber gerne den Ball, den der Stadtmann erwähnt hat, an die Medien weiter. Sie möchten bis in vier Jahren dafür sorgen, dass genügend, ausreichend und kompetent informiert wird.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich muss trotzdem nochmals fragen, ob sich jemand anders zu dieser Motion noch äussern mag?

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich möchte nichts mehr zum Ablauf sagen sondern möchte nur etwas ergänzen. Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso würde es begrüßen, wenn bald einmal eine Überarbeitung der Gemeindeordnung ins Auge gefasst würde und pendente Änderungen zusammengefasst in der Gemeindeordnung geändert würden.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Dazu kann ich aussagen, dass wir eine Liste führen von all diesen Artikeln, bei denen man Änderungswünsche haben könnte und wir werden das im Büro nochmals thematisieren.

Wird die Motion zurückgezogen, so ist das Geschäft erledigt. Da der Stadtrat das Anliegen dieser Motion befürwortet, kann er nun gemäss Art. 5 der Gemeindeordnung selbständig diese Abstimmungstermine zusammenlegen.

Ich danke den Motionären für diesen Gedankenanstoss. Wenn das tatsächlich eingeführt wird, ist das ein Weg hin zu mehr Effizienz.

4. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die Amtszeit 2011 – 2015, SVP (Rücktritt Anton Hüttenmoser)

Wir haben den Rücktritt eines Mitglieds des Wahlbüros erhalten. Die SVP schlägt ihnen Andreas Näf, geb. 14. Oktober 1965, wohnhaft an der Grabenstrasse 1 in 9320 Arbon vor.

Roland Schöni, SVP: Als Ersatz für den zurückgetretenen Anton Hüttenmoser aus dem Wahlbüro, schlagen wir von der SVP für die Amtszeit 2011-2015 das langjährige Parteimitglied Andreas Näf vor.

An dieser Stelle möchte ich Anton Hüttenmoser für seinen, über viele Jahre geleisteten Einsatz im Dienste der Öffentlichkeit recht herzlich danken. Es ist sicher nicht selbstverständlich, dass es immer noch Leute gibt, die ihre Wochenenden für solche Helferdienste opfern. Als Historiker und Sekretär unterstützt Andreas Näf schon seit längerer Zeit seine Mutter, Frau Dr. Marlies Näf-Hofmann, die sich zusammen mit ihrem Sohn auf dem Gebiet der Palliativcare, also der sterbebegleitenden Pflege einen eindrücklichen Namen gemacht hat.

Menschen haben Stärken und Schwächen, es gibt Ämter und Funktionen, die man einer Person ohne weiteres zutraut und es gibt Ämter und Funktionen, für die jemand nicht geeignet ist. Die eigenen Möglichkeiten und die Selbsteinschätzung muss aber immer wieder überdacht werden. Wir müssen die Menschen als das sehen, was sie sind und nicht so darstellen, wie wir sie gerne hätten. Ich bitte sie, Andreas Näf neu in das Wahlbüro zu wählen.

://: Andreas Näf wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die Amtszeit 2011-2015 gewählt.

4a Ersatzwahl eines Mitglieds für die Einbürgerungskommission für die Amtszeit 2011-2015, SP-Gewerkschaften-Juso (Rücktritt Yilmaz Ekin)

Infolge Ausbildung und Auslandsaufenthalt haben wir den Rücktritt von Ekin Yilmaz aus der Einbürgerungskommission erhalten. Die SP-Gewerkschaften-Juso schlägt Inge Abegglen als Nachfolgerin von Ekin Yilmaz vor.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich glaube es ist nicht nötig, Inge Abegglen in diesem Rat noch einmal vorzustellen, zumal sie schon in der letzten Amtsperiode der EBK angehört hat. Aber ich möchte noch etwas erklären zu diesem Kommissionsrücktritt von Ekin Yilmaz. Wieso tritt Ekin Yilmaz zurück aus der EBK, wenn sie ins Ausland verreist, und nicht aus dem Rat?

Da ist zu sagen, dass die EBK einen relativ hohen Sitzungs-Rhythmus hat, eigentlich jeden Monat eine Sitzung. Das ist beim Stadtparlament nicht der Fall und in der Redaktionskommission, in der Ekin Yilmaz ebenfalls ist, schon gar nicht. Darum haben wir Ekin gebeten, nur aus der EBK zurückzutreten und im Rat und der Redaktionskommission weiterhin zu verbleiben, und die nächsten zwei oder drei Sitzungen, aufgrund des Auslandsaufenthalts, als entschuldigt zu gelten.

://: Inge Abegglen wird einstimmig als Mitglied der Einbürgerungskommission, bei eigener Enthaltung, für die restliche Amtszeit 2011-2015 gewählt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich danke Inge Abegglen, dass sie sich für dieses Amt zur Verfügung gestellt hat und gratuliere ihr zu dieser Wahl.

4b Ersatzwahl eines Mitgliedes für die Redaktionskommission für die Amtszeit 2011-2015, SP-Gewerkschaften-Juso (Rücktritt aus dem Parlament Regula Waldesbühl)

Da Regula Waldesbühl per 31.12.2011 aus dem Parlament und aus der Redaktionskommission ausgeschieden ist, muss für die Redaktionskommission eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gewählt werden. Die SP-Gewerkschaften-Juso schlägt ihnen Atakan Oezcelebi als Nachfolger vor.

://: Atakan Oezcelebi wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Mitglied der Redaktionskommission für die restliche Amtszeit 2011-2015 gewählt.

Ich wünsche den neuen Mitgliedern in der jeweiligen Kommission eine erspriessliche Zusammenarbeit und danke allen für ihren engagierten Einsatz in der Zukunft.

5. Fragerunde

Präsidentin Elisabeth Tobler: Es liegen sechs vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, Riquet Heller, Kaspar Hug und Andrea Vonlanthen betreffend „Metropol“.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fragen und den Vorspann dazu möchte ich ihnen kurz vorlesen. Anlässlich der Behandlung der Dringlichen Interpellation „Rettet das Metropol“ an der Parlamentssitzung vom 13. September 11 hat Stadtmann Klöti gesagt, der Stadtrat wolle in einer Klausursitzung noch im selben Monat die Stossrichtung bei den verschiedenen Fragen rund ums Metropol festlegen. Am 6. Oktober 11 wurde dem Stadtrat eine Petition mit 4'000 Unterschriften übergeben. Jedes Mal hat der Stadtrat bekräftigt, er würde die Anliegen ernst nehmen. Trotzdem hat der Stadtrat die Öffentlichkeit bis dato nie informiert, was jetzt in dieser Sache geht.

Wir stellen darum folgende Fragen und bitten um Beantwortung.

1. Welche Ziele hat der Stadtrat für die Verhandlungen mit HRS festgelegt?
2. Wie setzt sich die Verhandlungsdelegation zusammen?
3. Wie weit sind die juristischen Abklärungen entsprechend unserer Motion gemacht worden?
4. Wie weit sind die Verhandlungen mit HRS bis heute gediehen?
5. Wann wird der Stadtrat das Stadtparlament erstmals konkret in die weitere Entwicklung rund um das Metropol-Areal einbeziehen?

Und jetzt noch eine spontane Frage. Ich war an einer Kommissionssitzung über das Abfallreglement im Ratsaal und habe dort ein Bauprojekt gesehen über die ehemalige Osterwalderparzelle. Diese Parzelle ist eigentlich mit einbezogen in die Motion „Rettet das Metropol“, die von zahlreichen Mitgliedern dieses Rats eingereicht wurde. Ich fände es ganz merkwürdig, wenn jetzt ein Baugesuch behandelt würde, vorzeitig einfach für diese Parzelle, deshalb meine Frage:

6. Was ist mit diesem Baugesuch los über diese Parzelle, um anzuschliessen an das vorherige Geschäft. Ich weiss, dass diese Fragen teilweise Aspekte beleuchten, für die der Stadtrat zuständig ist und trotzdem uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier interessiert, was da geht.

Stadtmann Martin Klöti: Es darf sie alles interessieren. Wir geben auch gerne Auskunft, soweit wir können und wollen.

Es sind erst einmal die fünf Fragen der Fragesteller zu beantworten, dann komme ich auf den letzten Teil. Die 1. Frage: Die Interessen der Stadt sollen gewahrt werden. Ich zähle auf:

- Es muss das Gastro-Angebot vorhanden sein mit einem Aussenraum, also Gastronomie in einem Innen- und Aussenbereich.
- Es muss eine Freifläche öffentlich zugänglich bleiben.
- Es soll, wenn möglich der Betrieb eines Hotel oder Teilnutzung als Hotels mit eingeplant werden.
- Die architektonische und städtebauliche Qualität muss gewährleistet sein.
- Nebst den genannten Leistungskriterien soll die heutige Funktion des Metropols als städtebaulicher Schwerpunkt des Stadtbildes sinngemäss gewahrt bleiben, ein Identifikations-Merkmal soll es sein.
- Bei Bedarf sollen Flächen für städtisches Nutzen vorhanden sein.
- Die Rechte des Investors betreffend Nutzung seines Eigentums dürfen jedoch nicht eingeschränkt werden, dies unter Wahrung gegen öffentliches Interesse, dieser städtebausensiblen Lage.

Wir sind jetzt bemüht, die Bedingungen für die Aufgabestellung eines Wettbewerbs zu formulieren. Je präziser diese Aufgabe gestellt ist, desto besser wird das Ergebnis. Dazu braucht es natürlich entsprechende Rahmenbedingungen. Darauf komme ich dann bei der Beantwortung der Fragen drei und vier.

Die 2. Frage: Es sind dabei neben meiner Person Stadtrat Reto Stäheli, Ressort Bau und Hans Ulrich Züllig, Ressort Gesellschaft, im Sinne eines Angebots für alle Lebensbereiche der Stadt. Aus der Abteilung Bau ist der Abteilungsleiter Remo Tambini mit dabei.

Zu den juristischen Abklärungen: Wir haben durch einen Rechtsanwalt die juristischen Möglichkeiten prüfen lassen. Zuhanden des Stadtrates wurde eine Dokumentation erstellt, welche die verschiedenen Varianten für eine gemeinsame Lösung und auch die rechtlichen Schritte, die zur Wahrung der Interessen der Stadt möglich sind, aufzeigt, so dass wir in der Verhandlung wirklich nur Aussagen machen konnten, die juristisch durch alle Böden abgesichert waren.

Punkt 4: Bis heute fanden zwei offizielle Termine statt. Weitere Gespräche wurden von den einzelnen bilateral geführt. Die Stadt Arbon hat an einem ersten Termin die Vorstellungen, wie eine Nutzung aus ihrer Sicht sein könnte, wie oben gesagt, klar dargelegt. Auf Anraten der Stadt hat der Eigentümer eine Testplanung beauftragt, welche die möglichen Varianten einer Bebauung und Nutzung aufzeigen soll. Für die weiteren Schritte muss mit den kantonalen Ämtern, wie mit dem Raumplanungsamt, nun ausgelotet werden, welche Möglichkeiten dann, nach dem neuen Planungs- und Baugesetz, gegeben sein könnten für eine entsprechende Zone. Ohne eine entsprechende Zone wird dieses Bedürfnis an jenem Ort nicht entsprechend abgedeckt werden können.

Punkt 5: Das Parlament wird mit einbezogen bei der Ortsplan-Revision, beim Festlegen einer neuen Bauzone. Sie erinnern sich, beim Rosengarten haben wir das ebenfalls gemacht, eine Zentrumszone höherer Dichte. Es ist nicht sicher, ob es diese Zone sein wird, es könnte auch eine ganz andere Zone werden, nämlich mit höherem Öffentlichkeitsgrad.

Wir wollen auch versuchen, wissenschaftliche Grundlagen zu erarbeiten und hatten heute eine Kick-off-Sitzung mit dem entsprechenden Dozenten und einem Studenten der HTW, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Chur. Der Inhalt dieser Arbeit, "Possible Research", ist natürlich alles in englisch, possible hotelconcepts for the Metropol Areal in Arbon considering the future development of the Saurer WerkZwei: also es geht um dieses Areal und darum, die umliegenden Areale auszuloten, which hotelconcepts fits the touristic needs on the reaching off the Oberthurgau most. Also welches macht am meisten Sinn, welches Konzept an diesem Ort. Und so sind wir sozusagen auch noch auf der wissenschaftlichen Ebene bedacht, dort die bestmöglichen Grundlagen zu schaffen.

Zur 6. Frage: Es ist immer interessant zu sehen, was wir im Ratsaal, in unserem Labor, hängen haben. Aber jedes Baugesuch wird offiziell aufgelegt, so auch dieses. Das heisst, in den nächsten Wochen oder Tagen, soll ein Baugesuch aufgelegt werden, welches dieses Grundstück Osterwalder und neu HRS betrifft. Dieses ist nicht Teil des Gebiets der Motion. Es ist ein Grundstück, das eingezont ist und veräussert wurde und es bestehen dort die rechtlichen Möglichkeiten, dieses zu bebauen. Daher werden wir ein Baugesuch auflegen und zeigen, dass dort auch die entsprechenden Bedingungen erfüllt wurden, die ein Gestaltungsplan beinhaltet, wie eben ein Konkurrenzverfahren. Es hat dort bereits ein Studienauftrag stattgefunden und der Stadtrat hat ganz klar, damals schon noch in der alten Zusammensetzung, die Bedingung dafür festgelegt. Zum Beispiel, Erdgeschosse sollten möglichst eine halböffentliche Nutzung haben. Es wird nicht so herauskommen, wie eins weiter, bei der Seepromenade, wo eben alle Erdgeschosse total benutzt und abgezäunt worden sind. In diesem neuen Projekt sollen die Grundstücke nicht abgeriegelt werden, die Gärten nicht eingezäunt, sondern frei zugänglich bleiben, wenigstens für den Aussenraum und für die Nutzung sind die Bedingungen so geschaffen, dass dort eine öffentliche oder halböffentliche Nutzung stattfinden könnte, nämlich ein überhöhtes Sockelgeschoss. Soviel als Vorkunft. Alles andere erfahren sie, wenn das Gesuch aufliegt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Eine zweite Frage wurde ebenfalls von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend "Einkaufszentrum Rosengarten" eingereicht.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ausgangspunkt für diese Fragen ist ein Leserbrief im Felix vom 9. Dezember. Da ist eine Frau Wildhaber der Sache nachgegangen mit den fehlenden Parkplätzen beim neuen Einkaufszentrum und entsprechend diesem Zeitungsartikel habe ich dem Stadtrat nun folgende Fragen gestellt. Ich bin ab und zu beim Einkaufen in der Migros, ist aber etwas

mühsam für mich. Ich habe aber immer sehr lange, weil ich während dem Einkaufen mindestens von zwei Personen darauf aufmerksam gemacht werde, als Stadtparlamentarier, was denn auch da nicht in Ordnung sei und was man ändern müsste. Mir liegen die Veloständer am Herzen, die Situation für die Velofahrer und ich meine eigentlich, auch eine Stadt wie Arbon, die so bequem ist für Velofahrer, die müsste sich auch punkto Veloparkplätze anstrengen. Zu meinen Fragen, die ich dem Stadtrat vorzeitig gestellt habe:

1. Trifft es zu, dass die Gemeinde die Erstellung eines überdachten Veloständers abgelehnt hat? Was war die genaue Begründung? In diesem Zeitungsartikel steht sogar, dass der Stadtmann diese gedeckten Veloständer abgelehnt habe, aber da war ich etwas vorsichtiger.
2. Gehört es nicht zur Aufgabe der Gemeinde, von der Bauherrschaft eines Einkaufszentrums zu verlangen, dass nicht nur genügend Autoabstellplätze, sondern auch entsprechende Veloabstellplätze bereitzustellen sind?
3. Wie glaubwürdig ist eine Stadt, die das Label Energie-Stadt trägt und den Gebrauch des umweltfreundlichsten Verkehrsmittels nicht fördert? Das wäre eigentlich eine Frage, die sich erübrigt, wenn man mir sagt, dass man durchaus klare Forderungen gestellt habe und diese auch erfüllt worden seien.
4. Ist der Stadtrat bereit, inskünftig mehr zu tun zur Förderung des Einkaufs mit dem Velo statt dem Auto?
5. Wäre der Stadtrat bereit, dem Einkaufszentrum Sitzgelegenheiten zur Verfügung zu stellen zur Freude der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger? Das hat jetzt nichts damit zu tun, nämlich mit den Veloständern, sondern das hat zu tun mit einem anderen Mangel in diesem Einkaufszentrum. Da hört man sicher wieder, die Migros sei nur eingemietet und der Bauherr sei ein anderer. Den älteren Leuten ist das eigentlich ziemlich piepegal, wer da ein paar Bänklein aufstellen sollte. Es ist aber wirklich störend, dass ältere Personen vom nahen Alterszentrum her dorthin einkaufen wollen und wirklich nirgends eine Möglichkeit haben, sich hinzusetzen, um vor oder nach dem Einkauf einen Moment zu verschnaufen, an einer Stelle, wo man nicht verregnet wird.

Ich danke für die Beantwortung für die nicht alle ganz ernstgemeinten Fragen.

Stadtmann Martin Klöti: Ich beantworte diese Fragen sehr gerne.

Zur 1. Frage. Mit der Erstellung der überdachten Fahrradständer, es handelt sich also nicht um Parkplätze, wie wahrscheinlich von dir fälschlicherweise gemeint, sondern Veloabstellplätze, Parkplätze haben wir 190 im Untergeschoss. Für Fahrrad-Abstellplätze gibt es klare Vorschriften. Je nach Verkaufsfläche gibt es eine gewisse Anzahl Fahrradabstellplätze, die geschaffen werden. Wir haben nicht abgelehnt, überdachte Veloständer hinzustellen, aber wir haben darauf hingewiesen, dass diese Geräte, die vorgesehen waren, den gesamten Vorplatz derart verbaut hätten, dass dort kein Durchkommen mehr gewesen wäre. Wir haben gesagt, sie möchten doch bitte eine bessere Lösung bringen, sie haben bis heute noch nichts Zufriedenstellendes gebracht. Wir haben aber nicht irgendetwas abgelehnt, was den Leuten Freude gemacht hätte.

Ich möchte eine kleine Klammer, weil die Frage ja auch nicht so ernst gemeint war, machen zu Novaseta. Ich habe jahrelang beanstandet, dass diese Abstellplätze dort fürs Stadtbild höchst unbefriedigend sind und tatsächlich hat die Novaseta reagiert und die Neuen hingestellt. Nun sehen sie auch tatsächlich sehr gut aus. Ich bin überzeugt, dass die Architekten des Rosengarten auch irgendwann die Kurve kriegen und dort eben Abstellplätze hinbauen, die sich sehen lassen können. Aber wir haben sie nicht abgelehnt, weil sie überdacht waren. Sie waren auch nicht überdacht, nur zu aufwändig und zu ungeschickt angeordnet. Wir wollen der Öffentlichkeit einen möglichst grossen Freiraum gewähren beim Eingangsbereich dieses Einkaufszentrums. Wir haben darauf geachtet, dass auch die Freifläche unter den Bäumen sorgfältig bearbeitet wurde. Wir haben diesen Entwurf mindestens dreimal zurückgegeben, bis jetzt eine befriedigende Situation gekommen ist.

Ich meine, wir dürfen schon darüber philosophieren, welches das wahre Gesicht ist des sogenannten Ankermieters. Es geht tatsächlich nur um ihren Laden und den Verkauf. Die Öffentlichkeit interessiert nicht. Wen aber die Öffentlichkeit interessiert, ist die Stadt und wir sind daher bemüht, den Aussenraum möglichst gut gestalten zu lassen. Wir gestalten ihn nicht selbst, wir kaufen auch dort

keine Bänke. Zuallerletzt kaufen wir Bänke und würden sie dort reinstellen, sonst könnte ein jeder kommen und sagen, wo fehlt noch ein schönes Sofa?

Es gehört zur Aufgabe der Gemeinde, von der Bauherrschaft eines Einkaufszentrums zu verlangen, dass nicht nur genügend Autoabstellplätze, sondern auch genügend Veloabstellplätze bereitzustellen sind. Da gibt es ganz klare Normen. Der Besitzer und Bauherr muss diese Anzahl gemäss Fläche ausweisen. Die Anzahl stimmt schon, es sind so viele Velorechen dort, wie sie eigentlich liefern müssten, es ist einfach die Form noch nicht gefunden. Die Bauherrschaft ist bemüht, das zu verbessern, es ist einfach noch nicht geschehen, aber es ist ein Prozess im Gange.

Dann zur die Glaubwürdigkeit der Stadt mit dem Energielabel, zum Gebrauch umweltfreundlicher Verkehrsmittel: Die Stadt fördert solche Verkehrsmittel, wo es immer geht mit Fördermassnahmen und auch mit entsprechenden Mobilitätskonzepten. Das Nichtvorhandensein von Veloständern liegt nicht in unserem Bereich. Ob die Stadt bereit ist, inskünftig mehr zu tun zur Förderung des Einkaufs mit Velo statt Auto? Wenn sie sehen, dass wir einen Bushof organisiert haben, direkt neben dem Hamelgebäude, praktisch zwischen Novaseta und Migros, dann kann man es wohl nicht besser machen. Wir schauen schon sehr, dass die Möglichkeiten bestehen, aber wir können dem Konsumenten keine Vorschriften machen, mit welchem Vehikel er zum Einkaufen fahren soll.

Das mit den Sitzgelegenheiten im Innenraum, das ist nun wirklich nicht die Sache der Stadt, da haben sie bestimmt Verständnis, wenn die Migros und überhaupt die Geschäfte rundherum finden, es passt so, dann soll es so sein. Und wenn sie soviel Feedback bekommen, dass die Leute nicht zufrieden sind, dann wird auch eines Tages eine Bank dort stehen, ich fürchte schon das Schlimmste. Es kann auch hilflos aussehen. Ich kenne sogenannte Malls, wie im Amrville, da stehen lauter Peinlichkeiten, aber vielleicht ist es genau das, was die Leute erwarten in einem solchen Einkaufszentrum. Jetzt im Moment sieht es noch toll aus.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Eine dritte Frage wurde eingereicht von Astrid Straub, SVP betreffend „Fussgängerüberquerung vor dem Rosengartenkreisel“.

Astrid Straub, SVP: Der Fussgängerstreifen über die St. Gallerstrasse bei der Rebhaldenstrasse kurz vor dem Rosengartenkreisel führt neu über drei Spuren, bisher über zwei Spuren. Er ist somit für die Fussgänger eine hohe Gefahrenzone. Weder Hinweistafeln für die Autofahrer noch eine Schutzzone befinden sich dort zum sicheren Überqueren der Strasse.

Noch gefährlicher ist die Strassenüberquerung bei geschlossenen Barrieren, ein Rückstau ist zur Folge und für die Fussgänger ein noch höheres Gefahrenpotential, da die Sicht sehr eingeschränkt ist.

Ich ersuche sie um Beantwortung folgender Fragen.

1. Ist sich der Stadtrat bewusst, wie gefährlich die Fussgängerüberquerung direkt vor dem Rosengartenkreisel ist?
2. Wird sich der Stadtrat mit dem Kanton schnell in Verbindung setzen, um zu intervenieren bevor es zu einem Unfall kommt?
3. Was für eine Lösung bietet der Stadtrat zur Entschärfung der Gefahrenzone, Fussgängerstreifen St. Gallerstrasse - Rebhaldenstrasse vor dem Kreisel an?

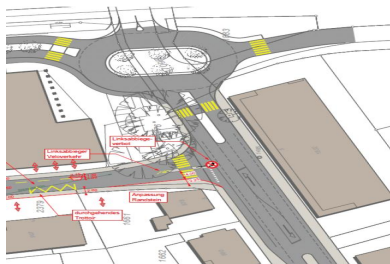
Stadtrat Reto Stäheli:

Fehler! Es ist nicht möglich, durch die Bearbeitung von Feldfunktionen Objekte zu erstellen.

Bei der jetzigen Situation handelt es sich um einen Bauzustand. Die zu überquerende Strecke ist immer noch gleich breit wie vor den Bauarbeiten. Eine grössere Gefährdung besteht aus normalem Ermessen nicht. Was aber nicht heisst, dass sich dort nicht ein Unfall ereignen kann. Hierzu habe ich eine Folie auflegen lassen. Die grosse Fläche zeigt den Übergang, der heute besteht. Der Unterschied zur bisherigen Verkehrsüberführung ist heute der Mittelstreifen, Einspurstrecke für den Abzweiger Richtung Migros. Auf der rechten Seite stehen die Fahrzeuge an, wenn sie Richtung See fahren. Das wird entschärft mit der definitiven Lösung, wenn der Kreisel mal längs ausgebaut ist.

Bezüglich der 2. Frage Kanton: Ja, die Stadt wird mit dem Kanton eine Entschärfung dieser Situation

prüfen. Allenfalls muss dieser Fussgängerstreifen für die Dauer der Bauphase entfernt werden. Geplant ist die definitive Lösung per Ende September 2012. Das würde heissen, dass die Fussgänger dann nicht mehr zum alten Ottos rübergehen können, sondern müssen über den COOP, die Schutzinsel ausweichen. Dies wird mit dem Kanton angeschaut, ob es eine andere Lösung gibt, ob wir allenfalls die Einspurstrecke kürzen können.



Zur Frage 3: Die definitive Lösung wird die Gefahrensituation berücksichtigen. Im Endausbau wird eine Fussgänger-Insel die Fahrbahnen trennen. Dieser Ausbau wird dann im September 2012 fertig sein.

Wir wissen, es ist nicht einfach hier, ob es eine Auflösung gibt oder eine andere Lösung, das muss mit dem Kanton zusammen gemacht werden.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Eine vierte Frage wurde von Monika Strauss, SVP betreffend "Verbundsteine beim Panorama-Restaurant" eingereicht.

Monika Strauss, SVP: Letzte Woche stürzte ein Gast über die Verbundsteine vor dem Panorama-Restaurant. Der Grund für den Sturz waren die hervorstehenden Verbundsteine, zurückzuführen auf die Wurzeln der angrenzenden Bäume. Der Mann verletzte sich im Gesicht, und da seine Blutungen nicht zu stoppen waren, musste er sich in ärztliche Behandlung begeben. Leider ist dies nicht der erste Vorfall dieser Art. Nach meinen Informationen sind schon mehrere Personen über diese hervorstehenden Verbundsteine gestürzt.

Ich ersuche den Stadtrat deshalb um Beantwortung folgender Fragen.

1. Sind Sie über den schlechten und gefährlichen Zustand dieser Verbundsteine informiert?
2. Wann kann mit einer Verbesserung dieser Situation gerechnet werden?
3. Wer übernimmt die Haftung für solche Vorfälle?

Stadtrat Reto Stäheli, CVP:

Die Anlage befindet sich sicher nicht in einem optimalen Zustand, das wissen wir auch. Von einem gefährlichen Zustand hier zu sprechen, scheint übertrieben. Der Werkhof wird jedoch, wie schon früher, die Stellen ausbessern und die restliche Umgebung kontrollieren. Eventuell ist auch der Baum zu entfernen, da die Wurzeln höchstwahrscheinlich für diese Unebenheiten verantwortlich sind.

Bezüglich der Situation: Wir werden diese sicher so schnell wie möglich in Angriff nehmen, wenn das Wetter und die Witterung das zulässt, voraussichtlich Frühling 2012.

Zu Frage 3: Nach Art. 58 Abs. 1 OR, haftet der Werkeigentümer unabhängig von seinem Verschulden den Schaden, der durch fehlerhafte Anlagen oder Herstellung durch den mangelhaften Unterhalt seines Werkes verursacht wird. Der Werkeigentümer kann nicht jeder erdenklichen Gefahr vorbeugen. Er darf Risiken ausser Acht lassen, welche von Personen, die mit dem Werk in Berührung kommen, mit einem Mindestmass an Vorsicht vermieden werden können.

Da es sich hier um Verbundsteine neben einem Baum handelt, muss mit Unebenheiten im Bereich des Wurzelwerkes gerechnet werden.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Eine letzte Frage ist von Roland Schöni, SVP betreffend „Circus

Royal“ und von Riquet Heller, FDP eingereicht worden und wird von Stadtrat Reto Stäheli beantwortet.

Roland Schöni. SVP: Gegenstand meiner Fragestellung ist das Schreiben des Circus Royal vom 12.12.2011, welches an alle Stadträte und Parlamentsmitglieder verschickt wurde.

Es geht darum, wonach für Gastspiele 2012 des Circus Royal nur eine Bewilligung erteilt wird, wenn alle Forderungen aus dem Stromschaden vom Juli 2011 beglichen sind.

Im Namen der SVP Fraktion bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwieweit treffen die vom Circus Royal im Schreiben vom 12.12.2011 erhobenen Vorwürfe zu ?
2. Wie ist der Stand der Verhandlungen?
3. Ist der Stadtrat nicht mehr daran interessiert, dass der Circus Royal, auch in diesem Jahr, wieder in Arbon in den Seeanlagen gastiert?

Riquet Heller, FDP: Ich beziehe mich auf die selbe Korrespondenz des Zirkus Royal vom 12.12.2011, bin etwas spezifischer.

Klar ist, dass die Vergabe von Gastier-Terminen auf städtischem Gelände Sache der Exekutive, somit des Stadtrates ist. Gleichwohl kann für das Vorgehen des Zirkus, ein Klein-Unternehmen mit beschränktem Budget, Verständnis aufgebracht werden, nämlich, dass es mit seinem Anliegen via Parlamentarier an die Öffentlichkeit gelangt ist. Tournées sind langfristig zu planen und nur schon das Ankündigen, man werde in Arbon gastieren, hat die Stadt dem Zirkus verboten.

1. Der Standpunkt des Zirkus, die Stadt dürfe Bewilligungen fürs Benützen von öffentlichem Grund nicht davon abhängig machen, dass der Zirkus Forderungen Dritter zu begleichen habe, bevor eine Bewilligung für die Vergabe von öffentlichem Gelände für Zirkusvorstellungen erteilt würde, und der Verweis des Zirkus auf den Straftatbestand der Nötigung ist zumindest nicht abwegig. Hat sich die Stadt entschieden, die Energie-Versorgung über eine von der Stadt rechtlich getrennte Aktiengesellschaft zu betreiben, gilt diese Gesellschaft, auch dann als Drittperson, wenn die Aktien dieser Gesellschaft ganz oder mehrheitlich Eigentum der Stadt sind. Nach Belieben fallweise die klare Trennung zwischen Stadt und Aktiengesellschaft zu betonen oder zu behaupten, Aktiengesellschaft und Stadt seien halt doch eine und die selbe Person, geht nicht an.
2. Spätestens seit Fellinis Film „La Strada“ weiss jedermann, dass Klein-Zirkusse nicht im Geld schwimmen. Die Gefahr des Ausfalls für den Schaden, auch für Forderung der Aktiengesellschaft „Arbon Energie“, ist darum gegeben. Der Zirkus behauptet nun aber, er sei versichert. Also besteht kaum Gefahr, dass nicht bezahlt werden kann, was bezahlt werden muss. Versicherungen sind um einiges weniger romantisch, dafür solventer als Zirkusse. Dass Versicherungen aber nur zahlen, was der Versicherungsnehmer, d.h. der Zirkus, zu bezahlen hat, ist klar. Entsprechende Abklärungen, ja Prozesse können dauern und sind von dem zu bezahlen, der verliert, von der Versicherung oder vom Gläubiger. Der Schuldner, der Zirkus, bzw. die Versicherung, hat aber das Recht, abklären zu lassen, a) wie gross der Schaden ist und b) wie weit die Schadenersatzpflicht besteht. Hier kurzen Prozess zu machen, Druck aufzusetzen, und namentlich unbesehen von der Solvenz der Versicherung darauf zu bestehen, dass sofort und alles, was man als Schaden und ersatzpflichtig erachtet, bezahlt wird, und sei es auch von Dritten, bevor auf öffentlichem Boden in Arbon wieder gastiert werden kann, überspannt den Bogen der erlaubten Selbsthilfe bei Weitem.

Daraus leiten sich zwei Fragen ab:

1. Darf die Stadt Bewilligungen fürs Benützen von öffentlichem Grund von der Bezahlung von Schulden Dritter abhängig machen?
2. Darf sie das namentlich auch dann, wenn die Bezahlung der Forderung samt Zins und sonstigen Kosten gesichert ist und nur das Ausmass des Schadens und die Ersatzpflicht umstritten ist?

Stadtrat Reto Stäheli: Ich versuche das zu beantworten. Grundsätzlich kann der Stadtrat zu einem

laufenden Verfahren keine Antwort geben. Das können wir auch jetzt auch nicht, das generell zu den vielen Anfragen.

Zu Frage 3: Der Stadtrat hat den Zirkus auf anfangs Woche 3/2012 zu einem Gespräch eingeladen. Aus terminlichen Gründen wurde das Gespräch auf Ende Januar 2012 verschoben. Das heisst, wir bieten Hand und wir hoffen, dass wir Ende Januar 2012 mit dem Circus zusammen eine einvernehmliche Lösung finden können.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Die Antworten von Riquet Heller fehlen noch.

Stadtrat Reto Stäheli: Wie bereits gesagt, können zu einem laufenden Verfahren keine Antworten gegeben werden und Art. 48 des Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament sagt zudem, dass Fragen fünf Tage im voraus gestellt werden müssen, und diese Frage ist erst am Montag eingetroffen. Es braucht da mehr Abklärung, auch von unserer Seite.

Stadtammann Martin Klöti: Wir wissen mehr als sie, dürfen aber erst recht keine Antwort geben.

6. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Wir haben uns erst kürzlich gesehen und der Stadtrat wünscht nun allen zwei Dritteln der Parlamentarier, die die Neujahrsgrossglocke hier verpasst haben, nun noch ein gutes neues Jahr.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Des Weiteren muss ich hier wieder einmal darauf hinweisen, dass bei Konsumationen nicht vergessen werden sollte, das Geld in die Kasse zu legen. Es war letztes Mal ein bisschen unglücklich, weil die Kasse draussen und auch die Getränke und Brötli. Deshalb möchte ich auch die Besucher darauf hinweisen, dass es hier zu bezahlen ist.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen. Ich danke ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse an unserer Ortspolitik.

Die nächste Parlamentssitzung findet am 21. Februar 2012 um 19.00 Uhr statt.

Ich erkläre die Sitzung hiermit als geschlossen und wünsche gutes Nachhausekommen. Es wäre aber schön, sich angesichts des frühen Schlusses dieser Sitzung zu einem Drink und Gedankenaustausch im Restaurant Frohsinn treffen zu können.

Schluss der Sitzung: 20.25 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Elisabeth Tobler

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung